

Dresdner Nachrichten

Gegründet 1856

Bezugs-Gebühr vom 16. bis 31. Mai 1928 bei täglich zweimaliger Zustellung frei Haus 1,70 Mark. Postgebühren für Monat Mai 0,40 Mark ohne Postzustellungsgebühr. Einzelnummer 10 Pfennig.

Unzeigen-Preise: Die Anzeigen werden nach Quadrat berechnet: die einseitige 30 mm breite Zeile 15 Pf., außerhalb 25 Pf., die 30 mm breite Reklamezeile 200 Pf., außerhalb 250 Pf. (Erfahrungsgeld 20 Pf.). Auswärtige Anzeigen gegen Vorauszahlung.

Schriftleitung und Hauptvertriebsstellen: Marienstraße 38/42. Druck und Verlag von Kiehl & Wiedemann in Dresden. Postfach-Konto 1068 Dresden.

Radschrad nur mit deutscher Uebersetzung („Dresdner Rad“) zulässig. — Unverlangte Schriftstücke werden nicht aufbewahrt.

Auslandshoffnungen aus dem Wahlergebnis

Freude über die Schwächung rechts, Furcht vor finanzieller Unsicherheit durch die Stärkung links.

Englische Pressstimmen.

London, 22. Mai. Die Londoner Morgenpresse äußert große Befriedigung über das Ergebnis der deutschen Wahlen, in dem ein neuerlicher Beweis dafür erblickt wird, daß der republikanische Gedanke im deutschen Volke feste Wurzeln gefaßt hat. Der Ausnahme der kommunistischen Partei wird keine besondere Bedeutung beigegeben.

„Morningpost“ sagt unter anderem: Die friedliche Verfassung, in der das deutsche Volk zu den Wahlen gegangen ist, war zweifellos auf die Außenpolitik Dr. Stresemanns zurückzuführen. Jede Stimmabgabe, die nicht den Kommunisten oder den Nationalen gewährt wurde, bedeutete ein Vertrauensvotum für den deutschen Außenminister. Es ist bedeutsam, daß Dr. Stresemanns Anhänger jetzt in der Lage sein werden, ihre Politik mit der Hilfe der Sozialisten fortzusetzen.

„Daily Telegraph“ sagt: Die Sozialdemokraten werden sich den Schritten ihrer Verbündeten in der neuen Koalition anpassen und werden nicht in der Lage sein, den Gang der deutschen Politik um mehr als einen oder zwei Grade nach links abzuwenden, was eine so kleine Aenderung bedeutet, daß es nichts Aufregendes hat.

„Daily Mail“ erklärt: Die Reichstags- und die preussischen Landtagswahlen sind dem Frieden entschieden günstig. Das wichtigste Merkmal der Wahlen ist das Dahinschwinden der Aufhängerschaft der Hohenzollern, und man hat den Eindruck, daß Deutschland sich endgültig von dem monarchistischen Gedanken losgesagt und dem republikanischen Gedanken zugewandt hat. — Auch das Arbeiterblatt „Daily Herald“ sieht in den Wahlen ein Zeichen für die Festigkeit der Republik. Die liberale „Daily News and Westminster Gazette“ schreibt: Deutschland hat sich mit großer Entschiedenheit für den Frieden und die Demokratie und mit großem Nachdruck gegen eine Rückkehr zur Ära des alten kriegerischen Nationalismus ausgesprochen.

Was die Pariser Presse schreibt.

Paris, 22. Mai. Zum Ergebnis der Reichstagswahlen schreibt der „Temps“: Die erste sich aufzwingende Feststellung ist, daß das deutsche Volk deutlich links gewählt hat, daß es sich für eine Politik der Konsolidierung des republikanischen Regimes und der Konsolidierung des Friedens ausgesprochen hat. Aus den Wahlen läßt sich im übrigen der Schluß ziehen, daß, abseits von der nationalistischen Reaktion und der kommunistischen Revolution, das republikanische Deutschland eine Tatsache und eine Macht geworden ist, die fähig ist, sich wirksam durchzusetzen. — „Liberté“ erklärt: Für Frankreich und die Alliierten handelt es sich darum, ob zu Ehren eines linksgerichteten Reichstags ein festes Kalb geschlachtet, d. h. das Rheinland geräumt wird. Andererseits muß Frankreich aufmerksam die deutsche Finanzlage verfolgen. — Der linksstehende „Paris Soir“ führt aus: Der Sieg der Arbeiter hat nicht nur eine innerpolitische, sondern auch eine internationale Bedeutung. Die, die in Frankreich sich auf den deutschen Nationalismus berufen, um die Räumung des Rheinlandes zu bekämpfen, haben ihre Stütze verloren. Für die deutschen Arbeiter ist es dringender denn je, daß man ihnen ein befreites Rheinland zurückerhält.

Aus allen diesen Stimmen ergibt sich, wie sehr man sich im Auslande freut, daß die nationale Rechte geschwächt ist, von der man den meisten Widerstand gegen eine Fortsetzung der immer gegen Deutschland getriebenen Gewaltspolitik zu erwarten hatte. Dieser Widerstand ist auch in der Volkspartei stark, er wird aber vermindert durch die Einbuße bei den Deutschnationalen.

Deutschland zeigt sich im Hintergrunde dieser Äußerungen der Bedanke, daß das neue zu bildende Kabinett schönen Gesen, wie dem Weimarer Kabinett der Völkerverbündelungen bei der Annahme Deutschlands in Genf, ein besseres Verständnis entgegenbringen und über solchen Keucherscheitern das Besondere gern vergessen werde, daß nämlich Deutschland seit dem Waffenstillstand noch immer eine fremde Besatzung auf einem Boden ertragen muß. Daß die Deutschnationalen die Außenpolitik Dr. Stresemanns als einmal bestehende Tatsache auch für sich günstig angenommen hatten, scheint man im Auslande völlig vergessen zu haben. Daß ein erfolgreicher Wille zur Verständigung in Frankreich nicht vorhanden ist, zeigen die folgenden Kommentare, deren Tendenz lautet:

Nur keine Räumung des Rheinlandes!

„Journal Industrielle“: Die deutschen Wahlen zeigen, daß die Sozialdemokraten ernstlich auf ihrem linken Flügel vom Kommunismus angezogen sind. Es werden dies vielleicht zum Anlaß nehmen, sich auf die Mitte und auf eine neue Konzentration zurückzuziehen.

„Victoire“ schreibt: „Zwar bedeuten die Einkünfte in einer Regierung finanzielle Unsicherheit, dagegen aber erscheint der deutsch-französische Frieden gewährleistet.“ — Der „Avenir“ Millérand erwartet, daß man wegen der innerpolitischen Schwierigkeiten und der finanziellen Auswirkungen in weitesten Kreisen die Sozialisten von der Regierung fern zu halten trachte.

„Veit Journal“ erwartet, daß die Bildung der neuen Regierung sich äußerst schwierig gestalten werde. Die

Koch-Weiser Kanzler mit Severing als Innenminister?

(Drahtmeldung unserer Berliner Schriftleitung.)

Berlin, 22. Mai. Die schwierige Lage der geschwächten Mittelparteien gegenüber der sozialdemokratischen Übermacht führt zurzeit zu eindringlichen Bemühungen um die Regierungsbildung. Die Sozialdemokraten präsentieren nach wie vor Herrn Severing als kombinierten Kanzler und Innenminister. Dem Sozialdemokraten Braun soll daneben Preußen zur weiteren roten Behandlung überlassen bleiben. Wie wir hören, bemüht man sich zurzeit von Seiten der Demokraten, der Sozialdemokratie den demokratischen Reichstagsabgeordneten Koch-Weiser für den Reichskanzlerposten mündgerecht zu machen. Neben ihm würde dann Severing als Reichsinnenminister stehen. Als Reichsernährungsminister steht nach wie vor Fehr im Vordergrund. Als Reichsjustizminister haben die Sozialdemokraten Radbruch angemeldet. Von Seiten der Deutschen Volkspartei ist man bemüht, neben Dr. Stresemann auch den Reichswirtschaftsminister Curtius in das neue Reichskabinett hinüber zu retten.

Gegenüber diesen Kombinationen, die wir aus guter Quelle haben, glaubt die demokratische „W. J. am Mittag“ daran festhalten zu sollen, daß für den Reichskanzlerposten doch der preussische Ministerpräsident Otto Braun in Frage kommt und daß Otto Braun gleichzeitig preussischer Ministerpräsident bleiben würde. Das Blatt weist darauf hin, daß eine solche Personalunion zwischen Reichskanzler und preussischem Ministerpräsidenten nach dem früheren Muster gerade in letzter Zeit auch von den Deutschnationalen nachdrücklich gefordert worden sei.

bürgerliche Linke werde infolge der sozialen Forderungen der Sozialisten zu den Nationalen abgedrängt werden, denn je härter die Sozialisten erscheinen, desto mehr wollen sie befehlen.

Die Regierungsbildung in den Ländern.

Die Folgen der Wahlen in Preußen, Bayern, Württemberg und Oldenburg.

Berlin, 22. Mai. Da ja bekanntlich am gleichen Tage, wo das deutsche Volk sich den neuen Reichstag wählte, auch in den vier deutschen Ländern Preußen, Bayern, Württemberg und Oldenburg Landtagswahlen stattfanden, beschäftigt man sich in parlamentarischen Kreisen ebenso eindringlich mit der Frage, welches Gesicht diese Länderregierungen denn nun bekommen würden. Diese Seite der parlamentarischen Wahlen vom 20. Mai ist um so wichtiger, als ja die Möglichkeit einer scharf linksgerichteten Reichsregierung erhebliche Spannungen mit den Ländern hervorgerufen kann, die diesen Eindruck nicht mitgemacht haben, und die ebensowenig die Absicht haben, sich einem solchen Berliner Linksruck ohne weiteres zu beugen.

Preußen

dürfte bei der jetzigen Regierungskoalition bleiben. In Preußen haben wir die sogenannte Weimarer Koalition. Die Volkspartei hat ursprünglich dieser Koalition angehört, ist aber dann, als ihr die roten Tendenzen dieser preussischen Regierung zu stark wurden, ausgeschieden. In der demokratischen Presse bemüht man sich jetzt, der Wirtschaftspartei klarzumachen, daß sie in diese Koalition nunmehr eintreten müßte. Ob ein solcher Regierungseintritt indessen der Wirtschaftspartei verlockend erscheint, dürfte mehr als fraglich sein, zumal die Wirtschaftspartei einen großen Teil ihrer Wahlagitation mit einer radikalen Oppositionsparole bekräftigt hat. Bei der Volkspartei scheint bis jetzt ebenfalls keine große Reizung zu einer Regierungsbeteiligung zu bestehen. Der Preussische Landtag wird etwa am 12. Juni zusammentreten.

Bayern

angeht, so ist dort die Verschiebung nach links nur sehr gering. Die nationalen Kreise Münchens betonen, daß die alte Koalition, die aus Bayerischer Volkspartei, dem Bayerischen Bauernbund und den Deutschnationalen besteht, ohne weiteres wieder hergestellt werden könne, ja es wird sogar hervorgehoben, daß gegenüber einer zu erwartenden Linksregierung im Reich gerade in Bayern eine entschiedene nationale Regierung um so notwendiger sei. Als stärkste Partei geht aus dem Wahlkampf in Bayern bekanntlich die Bayerische Volkspartei hervor, die ihren Bestand anfruchtbarlich. Wenn die Deutschnationalen sich mit der Deutschen Volkspartei wieder verständigen, halten sie dem Bauernbund die Wage, und wenn die Nationalsozialisten sich in entscheidenden

„Journal“: Nichts wäre gefährlicher, als die jetzige Orientierung als eine Verständigung der Friedensverträge anzusehen. Der jetzt gewählte Reichstag bedeutet die Reproduktion des Reichstages von 1920, des Reichstages, der die gesamte Kampagne für die Vernichtung der Friedensverträge und für die Verdrängung der Republik geführt hat. Deutschland schwankt zwischen der Unzufriedenheit der Rechten und der Unzufriedenheit der Linken, unzufrieden ist es immer.

„Echo de Paris“: Die Grundgedanken der deutschen Politik werden durch die Wahlergebnisse kaum berührt werden. Diese Grundgedanken seien militaristisch, bürokratisch und alldemisch. — „Gaulois“ warnt vor Illusionen. Man dürfe nicht vergessen, daß die deutschen Sozialdemokraten 1914 wie ein Mann in den „frisch-fröhlichen Krieg“ gezogen seien.

Es leuchtet wohl ein, daß auch der hoffnungsfrohste Deutsche zum mindesten gut tun wird, seine Hoffnungen nicht allzu hoch zu spannen. Und wer da meint, so wie das „Journal“ denken nur wenige in Frankreich, der sei daran erinnert, daß die letzten französischen Wahlen einen Nick nach rechts und einen Erfolg Poincarés gebracht haben.

Außerordentlich anmaßend ist die Sprache der linksstehenden „Ere Nouvelle“, die sich frech in innerdeutsche Angelegenheiten einmischt. Ihre Gegenüberstellung von Bismarck-Politik und Locarno-Politik zeigt, wie vorläufig man mit solchen Schlagworten umgehen muß. Stresemann saß den Locarno-Kurs als Politik Bismarckscher Prägung auf, während die „Ere Nouvelle“ schärfste Gegenläuferin ist. Das Blatt schreibt: Das Ergebnis der deutschen Wahlen sei ein Erfolg der französischen Verständigungspolitik. Ohne Aufräumung, ohne Locarno-Vertrag hätte man am 20. Mai nicht die Niederlage der Deutschnationalen erzielen können. Deutschland habe sich endgültig von der Ära Bismarcks abgewandt und für die Politik von Locarno entschieden. Wenn das deutsche Volk wirklich republikanisch gesinnt sei, müßte es nach seinem Erfolge jetzt die Verantwortung übernehmen.

Gindenburg könne nicht mehr Präsident der Republik bleiben.

Er möge dem Beispiel Mac Mahons folgen und zurücktreten, denn nachdem die Deutschnationalen geschlagen sind, dürfte kein Schatten nicht mehr über die öffentliche Gewalt ausbreiten.

Württemberg

zeigt kein klares Bild. Besonders die Linke und die Mitte wenden sich schon seit Wochen mit besonderer Schärfe gegen den deutschnationalen Staatspräsidenten Bazille. Nun tritt es allerdings zu, daß von den 120 508 Stimmen der Deutschnationalen vom Jahre 1924 nur 71 678 übriggeblieben sind, was einer Verminderung um fast 45 Prozent gleichkommt. Die bisherige Regierungsmehrheit in Württemberg, bestehend aus Deutschnationalen, Bauernbund und Zentrum betrug 42 Stimmen. Sie ist jetzt auf 37 gesunken, so daß sie bei 80 Landtagsmandaten zur Minderheit geworden ist. Der stärkste Exponent dieser Regierungsmehrheit war der deutschnationale Staatspräsident Bazille. Es fragt sich nun, ob er selbst, wenn sich die Koalition durch Anschluß der Deutschen Volkspartei mit vier Mandaten zur Mehrheit ergänzte, wieder zum Führer berufen werden wird. Im ganzen gesehen, besteht also auch in Württemberg die Möglichkeit einer Rechtskoalition weiter, weil man ja von einer linksgerichteten Reichsregierung allerhand Unerfreuliches zu erwarten hat und ein entsprechendes Gegengewicht in den Ländern um so dringender erscheint.

In Oldenburg

ist die bisherige Rechtsregierung durch das Ergebnis der Landtagswahl illusorisch geworden. In Oldenburg waren Deutschnationale und Volksparteier mit 15 Mandaten in einer Koalition vereint. Dazu kam das Zentrum mit 10 Mandaten, und so hatte man eine Mehrheit von 25 Stimmen gegen 15 Stimmen der Opposition. Jetzt haben die Rechtsparteien 6 Mandate und das Zentrum 1 Mandat eingebüßt. Beide Fraktionen verfügen, auch wenn man ihnen die drei Stimmen der Christlich-nationalen Bauernpartei zurechnet, nur noch über 21 Mandate, denen 27 der Opposition gegenüberstehen. Eine Weimarer Koalition, für die sich die demokratische Presse einsetzt, würde mit 28 zu 20 Stimmen über eine sichere Mehrheit verfügen.